

---

**Sicherheitsrat**

Verteilung: Allgemein  
2. August 2017  
Deutsch  
Original: Englisch

---

langfristig beeinträchtigen oder den von der Afrikanischen Union unterstützten innerburundischen Dialog unter der Leitung der Ostafrikanischen Gemeinschaft untergraben würden. Er bekundet erneut seine Absicht, zielgerichtete Maßnahmen gegen alle Akteure inner- und außer-5(z)hloundisc O Onr,h (i)-5(s)-170nen voF0.006 Tc -0.00 Tw 12.1939Td [((u)-12r



bindungen zu politischen Parteien, die für Verbrechen verantwortlich sind, bei denen es sich um Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht oder um Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe handelt, einschließlich sexueller Gewalt und aller Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern. Der Sicherheitsrat fordert die Regierung Burundis ferner auf, mit der Untersuchungskommission für Burundi zusammenzuarbeiten, die ihr Mandat vom Menschenrechtsrat in Resolution A/HCR/33/24 erhielt. Der Sicherheitsrat erkennt an, dass 2017 mehr als 1.000 Gefangene begnadigt wurden, darunter auch politische Gefangene, und fordert weitere vertrauensbildende Maßnahmen.

Der Sicherheitsrat bekräftigt, wie wichtig es ist, dass die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union entsprechend den Resolutionen 2248 (2015), 2279 (2016) und 2303 (2016) die Planung für den Eventualfall laufend aktualisieren, um die internationale Gemeinschaft in die Lage zu versetzen, auf jede weitere Verschlechterung der Situation zu reagieren.

Der Sicherheitsrat ist nach wie vor besorgt über die humanitäre Lage und die Menschenrechtslage in dem Land und fordert den Generalsekretär auf, die humanitä-

Der Sicherheitsrat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, politischen Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Burundis.

Der Sicherheitsrat verleiht seiner Erwartung Ausdruck, dass die für 2020 angesetzten Wahlen in Burundi frei, fair, transparent, friedlich und vollkommen inklusiv sein und unter Beteiligung aller politischen Parteien abgehalten werden und die volle und gleichberechtigte Teilhabe der Frauen während des gesamten Prozesses sichergestellt wird. Er unterstreicht außerdem, dass erhebliche Verbesserungen der politischen Lage und der Menschenrechtslage, insbesondere im Hinblick auf die Grundfreiheiten, darunter auch die Pressefreiheit, und Fortschritte bei der Aussöhnung erforderlich sind, um glaubhafte Wahlen zu ermöglichen.